

Organisationspolitische Neuaufstellung

Schlagkraft solidarisch stärken

Die Bundesparteitage 2017 und 2018 haben dem SPD Parteivorstand den Auftrag gegeben, unsere Organisation für die Zukunft aufzustellen und zu verändern.

Wir wollen auf allen Ebenen eine moderne und starke Organisation werden, die bereit ist, ihre Strukturen immer wieder zu hinterfragen und auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir wollen ein spannender Ort der politischen Debatte sein. Wir sind überzeugt: Die SPD wird stark, wenn sie zurückfindet zur programmatischen und sprachlichen Klarheit. Die SPD wird stark, wenn sie ihre neue Debattenkultur, wie auf den Dialogveranstaltungen erfahren, fortsetzt, Beteiligungsmöglichkeiten für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ausbaut und mehr Mitglieder einbindet. Und die SPD wird stark, wenn sie die Vielfalt der Gesellschaft und ihrer Mitgliedschaft stärker für sich nutzt.

Mit dem vorliegenden Antrag legen wir unsere Vorschläge vor, mit denen wir Antworten auf gesellschaftliche und politische Veränderungen geben. Wir werden Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen und modernisieren. Wir werden in unseren Strukturen näher zusammenrücken. Und wir werden neue Netzwerke knüpfen, um in Zukunft als Partei und Organisation deutlich schlagkräftiger zu werden.

Wir reagieren damit auch auf eine veränderte Kommunikation, gewachsene Beteiligungswünsche und eine zunehmend individualisierte Perspektive auf politische Prozesse und Themen. Diese fordern uns, neue Wege der Verständigung und der Aushandlung zu finden

Neben den organisatorischen Veränderungen ist eine Veränderung unserer politischen Kultur zentral. Wenn Präsidium und Parteivorstand als politischer Aufsichtsrat handeln, übernimmt keiner Verantwortung und es kommt nicht zu einer gemeinsamen Strategie. Das zeigte uns die Analyse „Aus Fehlern lernen“, die der Auswertung der Bundestagswahl 2017 diente. Die Empfehlung der Analyse war deutlich:

Die kollektive Verantwortungslosigkeit, die die letzten Jahre geprägt hat, muss ein Ende finden. Deshalb muss die Führungsspitze in Präsidium und Parteivorstand verschlankt und Verantwortung neu definiert und zugeschrieben werden. Klar muss aber auch sein: Jeder Genosse, jede Genossin – vom einfachen Mitglied bis hinauf zum Präsidiumsmitglied – trägt Verantwortung für den Zustand der Partei, im Guten wie im Schlechten.

Unsere Ressourcen haben sich darüber hinaus in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Unser Erfolg in der Zukunft hängt deshalb maßgeblich davon ab, mit den vorhandenen Ressourcen verantwortlich umzugehen und diese optimal an unserer politischen Strategie orientiert einzusetzen.

Diese Annahmen sind Grundlage für unsere organisationspolitischen Empfehlungen. Jetzt heißt es, Konsequenzen zu ziehen.

Da wollen wir hin

"Die Kultur einer Organisation ist wie ein Mosaik. Sie müssen schon sehr viele kleine Steinchen verändern, um ein neues Bild zu schaffen."

Inaki Lozano

Unsere Reformvorschläge folgen deshalb diesen Prämissen:

- Wir wollen mehr Beteiligung. Voraussetzung für Beteiligung ist eine stringente Führung in kleineren Gremien, die Prozesse transparent gestaltet und eine gemeinsame Verantwortung wahrnimmt.
- Wir brauchen neue Möglichkeiten der Beteiligung und eine Neugestaltung der Aushandlungsprozesse zwischen den Ebenen, den Mitgliedern, den Gremien und mit den Bürgerinnen und Bürgern.
- Wir setzen auf ein neues Führungsverständnis, bei dem in Teams die gemeinsame Sache in handlungsfähigen Gremien diskutiert und entschieden wird.
- Wir wollen neue Kompetenzen entwickeln, die sich aus Vielfalt speisen und mit denen wir die Zukunftsfragen unserer Zeit beantworten.

Wir wissen, dass nicht jeder Vorschlag sofort funktioniert und dass sich manche Ideen weiter entwickeln müssen, so wie sich auch unsere Gesellschaft weiter entwickeln wird. Wir setzen deshalb auf ein inkrementelles Verständnis von Organisationsentwicklung und schlagen vor, die neuen Instrumente in Modellversuchen zu erproben und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Strukturen und Beteiligung - Neue Möglichkeiten und Wege

Mehr Beteiligung heißt für uns neue Möglichkeiten der Beteiligung zu schaffen und die Bestehenden neu zu ordnen.

Onlinethemenforen

Engagement verändert sich. Wir wollen die vielfältigen Perspektiven und Ansätze unserer Mitglieder einbeziehen und schaffen deshalb mit Onlinethemenforen eine neue Möglichkeit zur Mitarbeit in der SPD. In den Onlinethemenforen, mit deren Umsetzung wir noch 2020 beginnen wollen, kann zukünftig unabhängig von Funktion und Region an der Entwicklung von Themen gearbeitet werden.

Themenforen ergänzen zusätzlich zur Mitwirkung in den Ortsvereinen und in den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeiten zur politischen Willensbildung in der SPD. Sie arbeiten ohne neue formale Strukturen und Hierarchien aber mit gemeinsamen Spielregeln und sind damit ein Baustein einer politischen Willensbildung 4.0.

Themenforen

- nehmen Impulse aus der gesellschaftlichen Debatte auf.
- sichern eine ortsungebundene und digitale Teilhabe an politischen Prozessen direkt ab Beginn der Mitgliedschaft.
- ermöglichen Vernetzung von Mitgliedern über die regionalen Strukturen hinaus.
- sind transparent und bündeln die Kompetenzen innerhalb der SPD.

Als neuer Teil der Willensbildung der SPD entsenden Onlinethemenforen beratende Delegierte und haben Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Die Satzungen der Gliederungen können vorsehen, dass Online-Themenforen beratende Delegierte

zum Parteitag der jeweiligen Ebene entsenden können und ihnen das Antragsrecht zusteht.

Ein neues Themenforum kann sowohl aus der Mitgliedschaft als auch von den Vorständen vorgeschlagen werden. Sie eröffnen den Mitgliedern auch für die Schwerpunkte des Parteivorstands neue Möglichkeiten, an der Diskussion teilzuhaben. Um Doppelungen zu vermeiden und einen zielgerichteten Einsatz unserer Ressourcen zu sichern, werden sie abgestimmt zwischen Parteivorstand und dem aus der Runde der Bezirks- und Landesvorsitzenden neu einzusetzenden Länderrat eingerichtet. Die Zahl der Foren ist begrenzt. Sie werden zeitlich befristet eingesetzt. Bei der Entscheidung, welche Themenforen eingesetzt werden sollen, können auch Online-Befragungen der Mitglieder durchgeführt werden.

Die Einsetzung eines neuen Themenforums ist an Kriterien gebunden: Der Vorschlag für ein Themenforum muss entweder von mindestens fünfzig Mitgliedern aus vier Landesverbänden/Bezirken, darunter mindestens 50 % Frauen kommen oder Ergebnis einer Meinungsumfrage unter den Mitgliedern sein. Foren bilden thematisch passende Unterforen.

Bei den Foren handelt es sich um eine rein digitale Struktur. Die Hierarchieebenen der Partei werden nicht nachgebildet. Jedes Mitglied kann Mitglied eines oder mehrerer Themenforen werden. Themenforen sollen heterogen zusammengesetzt und nicht von einigen wenigen Mitgliedern dominiert werden. Deshalb kann jedes Mitglied in max. 2 Themenforen aktiv sein, es kann die Forenmitgliedschaft alle 12 Monate wechseln. Nichtmitglieder können auf Vorschlag eingeladen werden.

Dabei gilt der Grundsatz: Wer mitdiskutieren will, muss nicht Mitglied sein, wer mitentscheiden will, muss Mitglied sein.

Regeln, Standards für Einladungsversand werden in einer gesonderten Richtlinie durch den SPD Parteivorstand festgelegt. Themenforen werden moderiert. Anträge können in den Unterforen der Themenforen erarbeitet werden. Die Entscheidung über einen Antrag und dessen Weiterleitung trifft aber das übergeordnete Themenforum. Anträge werden auf dem Parteitag durch beratende Delegierte eingebracht, die auf dem Parteitag Rederecht haben. Die beratenden Delegierten müssen Mitglieder sein und werden spätestens alle zwei Jahre durch die Mitglieder der Themenforen neu benannt. Es können maximal 2 beratende Delegierten für den Parteitag bestimmt werden, diese müssen paritätisch besetzt sein.

Voraussetzung für das Einbringen eines Antrags ist das Erreichen einer Relevanzgröße für die Befassung von Anträgen, d.h. erst

- bei Erreichen eines Quorums an aktiv beteiligten Mitgliedern eines Themenforums bei der Erarbeitung eines Antrages und
- einer mehrheitlichen Zustimmung der beteiligten Mitglieder eines Themenforums
- der Beteiligung von 40 % Frauen im Themenforum

kann der Antrag an den Parteitag weitergeleitet werden.

Von Anfang an ist die Beteiligung von Frauen sicherzustellen und zwar bereits bei der Initiierung eines Themenforums, durch paritätische Sprecherinnen sowie durch formale Regeln beim Antragsrecht.

Nach vier Jahren entscheidet ein Bundesparteitag darüber, ob die Themenforen beibehalten werden sollen. Die Kriterien für die Evaluation werden in den Verfahrensrichtlinien festgelegt.

Strukturen und Beteiligung - Neue Möglichkeiten und Wege

Mitgliederbeirat

Wir wollen einen Ort schaffen, der die Möglichkeit eröffnet, jenseits von Entscheidungsstrukturen und Wahlen Themen in die politische Diskussion der Vorstände einzuspeisen.

Mit einem zweijährigen Modellversuch soll ein Mitgliederbeirat eingerichtet werden, der jeweils für ein Jahr zusammenarbeitet. Damit schaffen wir einen agilen Diskursraum, der Beschlussempfehlungen für den Parteivorstand entwickelt und drängende Themen unserer Zeit aus der Perspektive der Mitgliedschaft identifiziert und transportiert.

Der Mitgliederbeirat besteht jeweils aus zwanzig zufällig ausgewählten Mitgliedern und ist paritätisch zusammengesetzt. Er berichtet an den Parteivorstand und die Sitzung der Bezirks- und Landesvorsitzenden.

Der Mitgliederbeirat kommt regelmäßig in Web-Konferenzen zusammen. Einmal im Jahr findet eine Präsenzsitzung statt. Ein Mitglied des Präsidiums wird bestimmt, regelmäßig an den Terminen teilzunehmen, im Parteivorstand über die Arbeit zu

berichten und die Vorlagen des Mitgliederbeirats einzubringen. Auf dem Parteitag und dem Konvent können sie zu ihrer Arbeit berichten.

Zukunftswerkstatt

Der Parteivorstand wird beauftragt, auf Grundlage der Überlegungen der Organisationspolitischen Kommission die Einrichtung einer Zukunftswerkstatt vorzubereiten. In der Zukunftswerkstatt wollen wir mit Phantasie neue Ideen zu Fragen entwickeln, die uns und die Bürger*innen bewegen und um damit unsere politischen Diskussionen um einen neuen Blick anzureichern.

Parteikonvent

Der Parteikonvent bleibt beschlussfassendes Gremium zur politischen Willensbildung zwischen Parteitagen. Er muss sich aber verändern und mehr Raum für Diskussion und breite demokratische Beteiligung schaffen.

Deshalb soll der Parteikonvent in Zukunft einmal im Jahr zweitägig stattfinden und von neue Möglichkeiten für die Entwicklung und Diskussion von Themen ermöglichen. Der Konvent soll deshalb zukünftig öffentlich stattfinden.

Mit einer innovativen Debattenformen wollen wir eine neue Entscheidungskultur etablieren. Deshalb wollen wir den Parteikonvent mit dem Debattencamp kombinieren und hierfür den Konvent auf 150 Delegierte verkleinern.

Für den Konvent können zukünftig Themenvorschläge vorab vorgeschlagen werden. Einreichen können diese Delegierte, Mitglieder und Gäste. Die Antragskommission

lässt den Veranstaltern von Sessions vorab die themenbezogenen Anträge zukommen. Die Veranstalter sind dazu verpflichtet, diese inhaltlich einzubinden bzw. zur Diskussion zu stellen. Es ist ein geringer Anteil an freien Sessions für Delegierte zu reservieren, die diese spontan zu den Themen, zu denen Anträge vorliegen anbieten können.

So wird der Parteikonvent zukünftig stattfinden:

- Der Parteikonvent eröffnet Samstagvormittag und entscheidet zu welchen Anträgen auf dem Konvent entschieden werden soll. Hierzu wird ohne Beratung abgestimmt. Der Parteikonvent wird sodann für Mitglieder und Gäste geöffnet und in das Debattencamp überführt.
- In thematischen Workshops werden die Themenschwerpunkte dann miteinander diskutiert und es entsteht ein gemeinsames Meinungsbild. Die Delegierten beteiligen sich an den Workshops. In den Workshops können Änderungsanträge zu den vorliegenden Anträgen erarbeitet werden und ggf. auch Anträge erarbeitet werden.
- Der Parteikonvent stimmt über die Beratungsergebnisse der Workshops mit knapper Aussprache ab.

Der Parteivorstand nimmt in Zukunft beratend am Parteikonvent teil. Grundmandate sind paritätisch zu besetzen.

Wir schärfen unsere Beteiligungsinstrumente

Mitgliederbegehren, -entscheid und -votum finden zu Sachentscheidungen statt. Ihre Ergebnisse sind verbindlich. Sie sind ein reines Mitgliederrecht.

- *Mitgliederbegehren* als Instrument der Willensbildung von „unten nach oben“ werden online durchgeführt. Sie können von 1 % der gesamten Mitgliedschaft der Partei aus mindestens 10 Unterbezirken aus drei Bundesländern gestartet werden. Sie müssen spätestens 3 Wochen vor dem gewünschten Starttermin schriftlich angezeigt werden. Zu einem Top eines bereits einberufenen Parteitags kann kein Mitgliederbegehren gestartet werden. Die Initiator*innen müssen eine Datenschutzerklärung unterzeichnen, vorher kann das Begehren nicht gestartet werden. Ein Mitgliederbegehren kommt zustande, wenn es innerhalb von drei Monaten von 20 % der Mitglieder unterstützt wird.
- Ein *Mitgliederentscheid* findet statt, wenn der Parteivorstand einem erfolgreichen Mitgliederbegehren nicht stattgegeben hat; ein Parteitag dieses mit einfacher Mehrheit; ein Parteikonvent mit 2/3 Mehrheit beschlossen oder auf Antrag von 2/5 der Bezirks- und Landesvorstände.
- Brief-, Urnen- und Onlineabstimmung sollen möglich sein.
- Ein *Mitgliedervotum* findet nur infolge eines Beschlusses des Parteivorstandes mit 3/4 Mehrheit statt. Die Abstimmung kann Online, per Brief- oder als Urnenabstimmung durchgeführt werden. Die Abstimmungsinstrumente können auch verbunden werden.

Eine *Mitgliederbefragung* dient der Beteiligung der Mitglieder bei Personalentscheidungen und ist dann möglich, wenn es mehrere Kandidat*innen gibt. Die Mitgliederbefragung muss formal unverbindlich bleiben, da nach Wahl -und Parteiengesetz letztlich ein Parteitag bzw. eine Aufstellungsversammlung entscheidet. Der Parteivorstand wird gebeten, im Anschluss das Verfahren zu

evaluieren und zu entscheiden, wie in Zukunft bei der Mitgliederbefragungen zur Wahl des Parteivorsitz vorgegangen werden soll.

Der/Die Kanzlerkandidat*in können durch eine *Urwahl* bestimmt werden. Das ist bereits im Statut geregelt.

Neues Führungsverständnis

Parteivorstand

In der Vergangenheit ist es dem Parteivorstand nicht ausreichend gelungen, aus einzelnen Positionen eine gemeinsame Politik zu entwickeln. In komplexen Organisationen und Gesellschaften geht es heute aber nicht mehr darum, dass einer sagt, wo es lang geht. Wir brauchen ein Führungsverständnis, dass das Zusammenbringen unterschiedlicher Perspektiven ermöglicht, daraus aber eine gemeinsame und gemeinsam getragene Strategie entwickelt.

Mit unserem Verständnis eines Parteivorstands als gleichberechtigtes Team tragen wir dieser Veränderung Rechnung. Angesichts der komplexen Aufgaben ist das die Chance, Verantwortung gemeinsam zu tragen und Prozesse in Zukunft transparenter zu machen. Wir ermöglichen vor diesem Hintergrund die Doppelspitze, ohne den Weg für Einzelvorsitzende zu verschließen. Entscheidend ist für uns, dass der Parteivorstand seine Verantwortung als Team wahrnimmt.

Wir folgen außerdem den Empfehlungen aus der Analyse „Aus Fehlern lernen“ und verkleinern den Parteivorstand und die Zahl der Stellvertreter*innen. Wir sind sicher, dass ein Vorstand nicht größer als 34 Personen groß sein sollte und 3

Stellvertreter*innen ausreichend sind. In diesem sollen alle Landesverbände und Bezirke vertreten sein. Die internationalen Themen sollen vom Beauftragten für Internationales und Europa in der sozialdemokratischen Familie vertreten werden. Parteivorstandsmitglieder übernehmen in Zukunft wieder stärker Verantwortung für Prozesse und sind Mittler zwischen der Bundesebene und den Regionen. Durch klare Zuständigkeiten ist auch für die Mitglieder erkennbar, wer welche Verantwortung übernommen hat. In der Vorstandssitzung ist zukünftig ausreichend Zeit, strategische Fragestellungen im gemeinsamen Gespräch zu erörtern.

Die umfassende Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses und die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs, in dem das WBH als Wahlkampfzentrale fungieren wird, erfordern einen hohen Einsatz der Hausleitung des WBH. Daher soll diese bis zum Parteitag 2021 zunächst weiterhin aus Generalsekretär*in, Schatzmeister*in und Bundesgeschäftsführer*in bestehen. Zum Bundesparteitag 2021 sollen durch eine durch den Parteivorstand vorzubereitende Satzungsänderung, die Funktionen von Bundesgeschäftsführer*in und Generalsekretär*in in einer neu zu definierenden Rollenbeschreibung der/des Generalsekretär*in zusammengefasst und die Position der/des Bundesgeschäftsführer*in damit abgeschafft werden.

Das Präsidium als geschäftsführender Vorstand wird ebenfalls verkleinert und besteht zukünftig aus den in Einzelwahl gewählten Positionen.

Parteitag

Der Parteitag wird ebenfalls verkleinert und besteht zukünftig aus 450 Delegierten. Er soll wieder Raum für mehr Diskussionen bieten. Der Parteivorstand wird beauftragt

eine Reform der Antragsberatung gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden zu erarbeiten.

Länderrat

Die informelle Runde der Bezirks- und Landesvorsitzenden wird zukünftig als Länderrat mindestens zwei Mal im Jahr tagen und die Entscheidungen des Parteivorstands beratend begleiten. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass die Abstimmung zwischen Bund und Regionen auf eine kontinuierliche Basis gestellt wird und zukünftig Prozesse gemeinsam vorbereitet und umgesetzt werden.

Wir brauchen eine junge und vielfältige Perspektive in die SPD. Der SPD Parteivorstand wird deshalb aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden für alle Gremien und Aufstellungsverfahren eine Talent(Mitglieder)strategie zu entwickeln, um die Vielfalt unserer Gesellschaft besser in unseren Gremien und Fraktionen abzubilden.

Präsenz in den gesellschaftlichen Netzwerken

Arbeitsgemeinschaften

Mit den *Ortsvereinen* und den *Arbeitsgemeinschaften* gibt es - neben den Foren und Kommissionen beim Parteivorstand - zwei parallele Arbeitszusammenhänge in der SPD, die diese Verankerung gewährleisten sollen.

Wir brauchen in der Zukunft eine wesentlich aktivere Verankerung in den gesellschaftlichen Netzwerken. Wir brauchen Mittler*innen, die Impulse aus den Netzwerken aufnehmen und die unsere Antworten in diesen Zusammenhängen erklären und verteidigen. Deshalb brauchen wir bei den Arbeitsgemeinschaften und den Ortsvereinen Veränderung.

Arbeitsgemeinschaften haben in der SPD eine lange Tradition. Sie trugen zu den Erfolgen unserer Partei maßgeblich bei. Dass sich Bildungsschaffende, Menschen im Gesundheits- und Rechtswesen, Menschen mit Behinderungen, queere Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund bei uns organisiert haben, macht uns stolz, weil es zeigt, dass die SPD den Anspruch hat, für alle gesellschaftlichen Gruppen Politik zu machen und etwas zu erreichen. Anders als der Aufbau der Partei, der eine dauerhafte Struktur braucht, ist die politische Zielgruppenarbeit immer wieder gesellschaftlichen, politischen und organisationsbezogenen Entwicklungen anzupassen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen schneller, beweglicher, politischer und präsenter werden.

Bis zur Jahresauftaktklausur soll deshalb gemeinsam ein Vorschlag erarbeitet werden, auf dessen Grundlage wir sowohl mit Blick auf die politischen Herausforderungen als auch auf die erforderlichen Ressourceneinsparungen auf der Klausur entscheiden können.

Präsenz in den Quartieren

In zu vielen Regionen sind wir über unsere *Ortsvereine* lokal nicht mehr ausreichend verankert und dort, wo wir noch eine Verankerung haben, sind wir noch zu wenig

vernetzt mit der Zivilgesellschaft. Ziel unserer Arbeit vor Ort muss es sein, durch Interaktion mit den im Quartier lebenden Menschen, durch engen Austausch mit den Multiplikator*innen des Ortes, des Viertels, Probleme und politische Anforderungen aus dem Alltag der Menschen aufzunehmen und politische Lösungen und Angebote gemeinsamen mit unseren Mandatsträger*innen in der SPD in den politischen Alltag der Menschen zu übersetzen. Wir begreifen deshalb den Auf- und Ausbau von nachbarschaftlicher Präsenz als strategische Aufgabe der ganzen Partei.

Eine Verbesserung der Verankerung der SPD nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen in ihren Quartieren vor Ort und ihren Arbeitsorten muss zu einem zentralen Projekt der Neuaufstellung unserer Partei werden.

Dies kann nicht von oben nach unten verordnet werden. Aber durch die gemeinsame Erarbeitung eines Leitbildes für eine moderne sozialdemokratische Quartiersarbeit können wir einen gemeinsamen Rahmen schaffen, der die Gliederungen vor Ort dabei unterstützt, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten.

Der Parteivorstand erarbeitet deshalb auf dieser Grundlage mit den Bezirken und Landesverbänden ein Leitbild der Quartiersarbeit. Dieses Leitbild wird in einer Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden beraten und konsentiert. Ziel ist es, in allen Unterbezirken & Kreisverbänden unterstützt durch die Bezirke und Landesverbände mindestens ein Projekt durchzuführen und dieses nach zwei Jahren gemeinsam mit den Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden auszuwerten. Mittelfristig muss die Quartiersarbeit fester Bestandteil unserer Organisationsstruktur werden

Im Kontext der Leitbildentwicklung werden auch die unterstützenden Maßnahmen für die Gliederungen definiert:

- Leitfaden über Verfahren und Methoden (Befragungen, Sozialraumexkursionen und -kartierungen etc.) zur Erkundung der jeweiligen Quartiere.
- Schulungen zu Tür-zu-Tür-Ansätzen jenseits von Wahlkampagnen und Organizing-Ansätzen
- *Entwicklung zentraler Tools & zur Durchführung lokaler Befragungen, Tür-zu-Tür-Aktionen und Sozialraumexkursionen*
- *Qualifizierungsmaßnahmen für die lokale Ebene*
- *Trainings- und Qualifizierungsprogramm für SPD-Organizer*

Ausgehend von dem so entstandenen neuen Leitbild für die sozialdemokratische Quartiersarbeit wird der Parteivorstand in Abstimmung mit den Landesverbänden & Bezirken an konkreten Beispielen orientierte *Handlungsleitlinien für eine moderne, beteiligungsorientierte Quartiersarbeit* entwickeln und in Abstimmung mit den Landesverbänden & Bezirken über ein Modellprojekt Organizing mit *30 bis 40 lokalen SPD-Organizing-Projekte* beraten.

Foren und Kommissionen

Auch die Kommissionen und Foren beim Parteivorstand sollen fokussiert werden und sich auf die Schwerpunkte von gesellschaftlichen Debatten konzentrieren. Die Zahl der regulären Kommissionen, Foren und Arbeitsgruppen beim SPD-Parteivorstand soll deshalb reduziert und ihre Einsetzung mit konkreten Arbeitsaufträgen und zeitlicher Befristung versehen werden. Der Parteivorstand soll die Priorität auf Arbeitsgruppen legen, die die in seinem Arbeitsprogramm vorgesehenen inhaltlichen

Schwerpunkte bearbeiten und dafür – auch im Austausch mit der Partei - Konzepte erstellen. Arbeitszusammenhänge, die vorrangig dem Austausch und der Vernetzung dienen, sollen als Gesprächskreise organisiert werden, um den Aufwand gering zu halten.

Politische Bildungsarbeit

Die SPD ist aus den Arbeiterbildungsvereinen im 19. Jahrhundert entstanden. Bildung, insbesondere politische Bildung, hat die SPD mächtiger gemacht. Werteorientierte, politische Bildung in der sozialdemokratischen Familie fördert Personen, die selbständig politisch denken. Selbstbewusste Mitglieder machen die soziale Demokratie der Zukunft. Geschlossenheit nach außen und offene Meinungsbildung und demokratische Entscheidungsfindung gehören zusammen.

Politische Bildung für demokratische Politik und politisches Engagement und schafft Möglichkeiten für die kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen, teils anti-demokratischen Strömungen. Diese Bewusstseinsbildung ist auch (notwendige aber nicht hinreichende) Voraussetzung für das Gewinnen von politischem Nachwuchs.

In der politischen Bildung setzen wir dabei auf kontinuierliches Lernen auf allen Ebenen. Personen, die Verantwortung für die SPD übernehmen, sollen auf diese vorbereitet sein und auf entsprechende Angebote zurückgreifen können.

Gemeinsam und mit Blick auf die Möglichkeiten der unterschiedlichen Träger ist unser Ziel, dass in jedem Landesverband/Bezirk für die Mitglieder Angebote

politischer Bildung zu finden sind. In Zeiten knapper werdender Mittel kommt dem Netzwerk Politische Bildung dabei eine zentrale Rolle zu.

Deshalb haben die Bildungsbeauftragten in den Landesverbänden und Bezirken und den Unterbezirken eine zentrale Aufgabe. Der kontinuierliche Wissensaustausch zwischen ihnen und dem Netzwerk politische Bildung dient dem Ziel, allen Mitgliedern und Interessierten Angebote der politischen Bildung machen zu können. Der PV organisiert deshalb jährlich Treffen zwischen den Landesverbänden und dem Netzwerk und sichert so den Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Landesverbände/Bezirke organisieren zusätzlich den regelmäßigen Austausch mit den Unterbezirken/Kreisverbänden sowie den Ortsvereinen in ihrem Verantwortungsbereich. In jedem Bundesland und auf Bundesebene soll deshalb ein Netzwerk Politische Bildung organisiert sein. Dem Parteivorstand kommt mit der Parteschule im Willy-Brandt-Haus eine wichtige Rolle zu:

- Die Parteschule koordiniert die Bildungsarbeit mit den Bezirken und Landesverbänden.
- Sie organisiert in Abstimmung mit den Bezirken und Landesverbänden das betrieblichen Weiterbildungsprogramm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ (IPQ). Gerade mit Blick auf uns als Organisation ist die kontinuierliche Qualifizierung eine zentrale Aufgabe.
- Die Parteschule im Willy-Brandt-Haus bietet ab 2020 ein regelmäßiges Online- Forum an.

- Weitere Programme der Parteischule werden mit Blick auf unsere Organisationspolitischen Ziele und die vorhandenen Ressourcen geplant und entschieden.

Gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden legen wir verbindliche Maßnahmen und Finanzierungsschlüssel fest, die eine gute Ausstattung der Bildungsarbeit von Bezirken, Landesverbänden und Parteivorstand sicherstellen. Nur gemeinsam werden wir unsere organisationspolitischen Ziele in der politischen Bildungsarbeit umsetzen können. Die Bildungsarbeit der SPD ist solidarisch. Starke Regionen können ihre Bildungsangebote über die eigene Region hinaus öffnen und/oder Bildungsmaßnahmen in benachbarten Regionen anbieten. Den Aufbau von Bildungspartnerschaften wollen wir fördern.

Gemeinsam mit dem Netzwerk politische Bildung arbeiten wir daran, die Bildungsarbeit der Träger für unsere Mitglieder transparenter zu machen. Mit den digitalen Möglichkeiten können so zum Beispiel Neumitglieder auf geeignete Angebote aufmerksam gemacht werden. Den Bildungsbeauftragten der Landesverbände und Bezirke kommt dabei eine zentrale Rolle als Bildungsberater und Bildungslotsen zu.

Ein gemeinsames Wissensmanagement verstehen wir als zentrale Aufgabe, die technische, organisatorische und kommunikative Aspekte der SPD betrifft. Mit Ansätzen wie „Mein Bereich“ auf SPD, dem „Roten Netz“ der Hessen SPD oder dem Parteischulwiki existieren bereits Ansätze für ein Wissensmanagement. Diese gilt es,

im Verlauf der Organisationsentwicklung gemeinsam weiter zu entwickelnden, um unseren Mitgliedern den Zugang zu unserem gemeinsamen Wissen zu ermöglichen.

Neumitglieder

Vielfalt, Individualität und Unterschiedlichkeit sind Erfolgsfaktoren einer modernen Mitgliederpartei. Jeden Tag treten Menschen in die SPD ein. Neue Mitglieder sind willkommen und sollen das auch spüren. Wenn es gelingt, neue Mitglieder persönlich einzubinden in die Parteiarbeit, dann gewinnt die SPD dauerhaft neue Kraft. Die SPDNRW hat sehr gute Erfahrungen mit ihrem 1 – 3 – 6- Eintrittsstandard gemacht. Unser Ziel ist, dass dieser Standard zukünftig in allen Landesverbänden und Bezirken der Mindeststandard für Eintritte wird.

- 1: Bis Ende des 1. Monats nach Eintritt des Neumitglieds erfolgt eine erste persönliche Kontaktaufnahme;
- 3: Bis Ende des 3. Monats erhält das Neumitglied sein Parteibuch;
- 6: Bis Ende des 6. Monats erfolgt eine weitere Kontaktaufnahme.

Der SPD-Parteivorstand stellt den Gliederungen zur Umsetzung den in der Arbeitsgruppe der Orgakom entwickelten Leitfaden zum Thema „Neumitglieder und Mitgliederwerbung“ zur Verfügung.

Gemeinsame IT Infrastruktur und Zeitgemäße Mitgliederorganisation 4.0

Neue Entwicklungen im IT-Bereich sowie der digitale gesellschaftliche Wandel eröffnen viele Möglichkeiten; sie stellen uns aber auch vor große Herausforderungen. In einigen Bereichen haben wir uns bereits auf den Weg gemacht, diese Möglichkeiten zu nutzen. Es ist aber noch nicht gelungen, eine digitale Strategie für die gesamte Partei und unter Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen finanziellen, personellen und technischen Anforderungen und Möglichkeiten zu entwickeln. Finanziell und funktional sinnvolle IT-Lösungen werden wir als Partei nur erreichen, wenn wir unsere IT-Anforderungen und –Bedarfe miteinander abstimmen und die Perspektiven der unterschiedlichen NutzerInnen aus Haupt- und Ehrenamt vom Mitglied bis zum Parteivorstand einbeziehen.

Mit unserer digitalen Strategie

- wollen wir die haupt- und ehrenamtliche Parteiarbeit effizienter und effektiver machen und dadurch Kapazitäten für die politische Arbeit schaffen;
- unsere zentrale und dezentrale Kampagnenfähigkeit erhöhen;
- Mitglieder informieren und in politische Entscheidungsprozesse einbinden;
- Bürgerinnen und Bürger informieren und in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden und von der SPD begeistern;
- Und ein gemeinsame Verständnis für Informationssicherheit und Datenschutz schaffen.

Unsere digitale Strategie kann nur erfolgreich sein, wenn wir sie gemeinsam vorantreiben und den Schutz der Daten, die wir nutzen, ins Zentrum unserer Entscheidungen stellen.

Damit das gelingt brauchen wir ein Gremium aus Expert*innen, das Bedarfe erfasst, die Perspektive der Nutzer*innen aufnimmt und diese so zusammenführt, dass hieraus eine digitale Strategie entsteht, die kontinuierlich weiterentwickelt wird. Auf dieser Grundlage treffen dann Parteivorstand, Bezirke und Landesverbände ihre aufeinander abgestimmten Investitionsentscheidungen treffen. Das Gremium soll spätestens im Nachgang zum Bundesparteitag durch einen Beschluss des Parteivorstands eingesetzt werden und an die Runde der Leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer und Schatzmeister berichten. Die Prüfaufträge der Organisationspolitischen Kommission sollen eine Grundlage des Gremiums werden.

Wahlkämpfe und Kampagnen

Wahlkämpfe werden nur gemeinsam gewonnen. Solidarität und Kooperation der einzelnen Gliederungen sind sowohl mit Blick auf die beschränkten Ressourcen als auch für den Wahlerfolg essenziell. Solidarität und Kooperation sind keine Einbahnstraße: die Bundesebene unterstützt Länder und Kommunen. Kommunen und Länder unterstützen die Bundespartei. Ein Landesverband kann nur Unterstützung von der Bundesebene einfordern, wenn er selbst aktiv an der Kooperation arbeitet. Und umgekehrt. Die solidarische Grundhaltung der SPD muss sich auch auf die eigene Organisation beziehen. Ziel ist, bestmögliche Unterstützung zu leisten und die Wahlkämpfe auf allen Ebenen zu optimieren.

Die Digitalisierung verändert unsere Wahlkämpfe. Wir setzen auf einen zielgerichteten Einsatz moderner Marketinginstrumente und wir wollen unabhängig von externen Datenhaltern sein. Deshalb wollen wir mit eigenen Daten arbeiten und diese Daten in einen gemeinsamen Datentopf für unsere Wahlkämpfe nutzbar machen. Voraussetzung ist eine gemeinsame Strategie, wie wir Daten nutzen und welche Prioritäten wir setzen. Diese Strategie wird im Rahmen der Erarbeitung der Digitalen Strategie entwickelt und gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden umgesetzt werden.

In Anbetracht sinkender Mitgliederzahlen und geringerer Einnahmen müssen wir in unseren Kampagnen Schwerpunkte setzen. Auch dabei helfen uns Daten. Zu klären ist, was generell die Kampagnenfähigkeit stärkt und wie wir unsere Prioritäten setzen. Potenzialregionen sollten in stärkerem Maße mit Ressourcen versehen werden. Hierzu erarbeiten Parteivorstand und Bezirke und Landesverbände bereits im Jahr 2020 für den kommenden Bundestagswahlkampf einen Vorschlag, der die unterschiedlichen regionalen Ausgangsbedingungen berücksichtigt. Darüber hinaus sollen Unterstützungsleistungen erarbeitet werden, die auch bei kleiner Anzahl an Aktiven einen wirkungsvollen Kampagnen-Impact darstellen.

Wir nehmen die Zunahme und Ausdehnung so genannter „weißer Flecken“, d.h. von Gebieten, in denen die Partei und / oder sozialdemokratische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht mehr präsent sind, wahr. Eine erfolgreiche SPD braucht ein Wiedererstarken mit örtlichem Bezug. Gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden arbeitet der Parteivorstand deshalb an einer Strategie zur

Revitalisierung der Quartiersarbeit und zur Durchführung von Organizing Projekten wie im Kapitel „Präsenz in den Quartieren“ beschrieben. Zusätzlich ist auch die Frage zu beantworten, wie wir mit dem Hauptamt in den Regionen Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und den Zugang zu Informationen – sowohl für Mitglieder als auch für (potenzielle) Wähler*innen - dauerhaft gewährleisten können. Bei der Erarbeitung soll auf die Vorarbeiten der Organisationspolitischen Kommission zurückgegriffen werden.

Das Willy-Brandt-Haus wird über die Umsetzung der dort erarbeiteten Konzepte für eine Verbesserung der Struktur, der Arbeitsweise und durch Konzentration auf prioritäre Aufgaben für die Zukunft neu aufgestellt. So kann es dazu beitragen, dass die SPD eine systematische strategische Ausrichtung aufbauen, schnelle inhaltliche Impulse in die Debatten einbringen, externe Ideen einsammeln, effektiver kommunizieren und dabei die Mitglieder mehr beteiligen kann. Es wird so aufgestellt als Wahlkampfzentrale für die kommenden Bundestagswahlkämpfe fungieren.

Unsere Mitglieder sind zentral für den Mobilisierungserfolg. Sie sichern unsere Bindung zur Gesellschaft. Wir wollen keine Umstellung auf einen rein mit Dienstleistern geführten Wahlkampf. Deshalb müssen wir unsere Mitglieder zum aktiven Mitmachen aktivieren und befähigen. In der Wahlkreisarbeit sind noch eine Menge Ressourcen zu heben. Der Parteivorstand wird ein »Best of« der Planungen und Aktionen erfolgreicher Wahlkreisbewerber*innen der letzten Bundestagswahl zur Verfügung stellen.